

Halbherziger sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel

Trotz richtiger Diagnose Therapie mit Rezepturen von gestern

Von Heinz Krummenacher und Laurent Goetschel*

Die beiden Autoren sind der Auffassung, dass die Schweiz den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel bis jetzt nicht konsequent vollzogen habe. Sie vermissen einen klaren Akzent auf von der Uno mandatierten Einsätzen zur Friedensförderung im zivil-militärischen Verbund.

Die Welt hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges verändert, so sehr, dass man gerne von einem sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel spricht. Gemeint ist, dass die Supermachtrivalität mit ihrem apokalyptischen Worst-Case-Szenario viel diffuseren Formen der Existenzbedrohung gewichen sei. Bei genauem Hinsehen zeigt sich aber, dass dem veränderten Bedrohungsbild zum Trotz traditionelles nationalstaatlich und militärisch geprägtes Sicherheitsdenken vorherrscht. Zwar wird in Bezug auf die Bedrohungslage viel von diesem Paradigmenwechsel gesprochen. Nicht mehr ausländische Heere stellten in Westeuropa die Existenz von Staat und Bevölkerung in Frage, sondern eine ganze Palette von Risiken, die von Terrorismus, organisierter Kriminalität und armutsbedingter Massenmigration über Aids und andere Pandemien bis hin zu Ressourcenverknappung und Klimawandel reichen. Alle sind sich in diesem Punkt einig, wenn man einmal von den sich immer noch an der westfälischen Staatenordnung und an Clausewitz orientierenden Militärnostalgikern absieht.

Nüchterne Risikoabwägung

Augenfällig ist indessen, dass sich dieser Konsens verflüchtigt, sobald man sich der Frage zuwendet, wie und mit welchen Mitteln der Staat diesen im Zuge der Globalisierung ubiquitären Bedrohungen begegnen soll. Eigentlich sollte ja klar sein, dass der Paradigmenwechsel nicht nur auf die Bedrohungsanalyse zutrifft, sondern auch die Strategien zur Schadensverhinderung und den Mittel-einsatz tangiert. Wenn die Erfahrung zeigt, dass Feuer jedes Jahr Millionen von Hektaren Wald zerstört, während Angriffe feindlicher Staaten für die nächsten hundert Jahre nicht zu befürchten sind, dann wird eine vernünftige Regierung kaum neue Panzer und Artilleriegeschütze beschaffen. Sie wird im Gegenteil Flugzeuge kaufen, die sich zur Brandbekämpfung eignen. Sicherheitspolitik sollte auf einer nüchternen Risikoabwägung beruhen. Wenn man dabei zum Schluss kommt, dass die Verelendung der Dritten Welt, organisierte Kriminalität, Pandemien und terroristische Anschläge die wahrscheinlichsten Bedrohungen sind, dann sollte man die Sicherheitsstrategie und den Mitteleinsatz auch konsequent darauf ausrichten.

Ursachen bekämpfen

Genau dies tut man aber nicht. Sicherheitspolitiker stellen zwar die richtige Diagnose, verlassen sich aber bei der Therapie auf die Rezepturen von gestern. Zwar haben sie verstanden, dass sich die Bedrohungslage verändert hat, sie weigern sich aber, die logischen Konsequenzen daraus zu ziehen. Wesentlich ist den neuen Bedrohungen nämlich, dass sich keine einzelstaatlichen Ant-

worten darauf finden lassen und repressive Abwehrstrategien zu kurz greifen. Wenn wir zum Beispiel den internationalen Terrorismus wirkungsvoll bekämpfen wollen, dann braucht es zum einen eine gut funktionierende zwischenstaatliche polizeiliche Zusammenarbeit und zum andern eine Friedensförderungspolitik, welche die Ursachen des Phänomens an der Wurzel packt. Dem Terrorismus kann man nicht mit Panzern an der Landesgrenze Einhalt gebieten, sondern nur dadurch, dass man im multilateralen Rahmen Informationen austauscht und Gewaltkonfliktprophylaxe betreibt. Letztlich handelt es sich beim Terrorismus islamistischer Prägung nämlich um nichts anderes als um globale Symptome regionaler Konflikte. Wenn wir die Ursachen dieser Konflikte beseitigen, dann hören auch die Symptome auf.

Eine politische Querschnittsaufgabe

Das neue Sicherheitsparadigma bedeutet letztlich, dass Sicherheitspolitik eine politische Querschnittsaufgabe ist, die alle Politikbereiche tangiert. Diesem Sachverhalt gilt es sowohl bei der Organisation des Staatswesens wie auch bei der Ressourcenverteilung Rechnung zu tragen. Genau hier liegt aber der Grund, weshalb arrivierte Sicherheitspolitiker sich scheuen, den Paradigmenwechsel zu Ende zu denken. Denn täten sie dies, müssten sie die rigide departementale Verwaltungsorganisation aufbrechen und die Ressourcenströme neu kanalisieren. Stattdessen aber hüten die auf Prestige und Besitzstandwahrung bedachten Politiker sorgsam ihre historisch gewachsenen Gärten und investieren die knappen Mittel in Sicherheitsinstrumente (Armee und Bevölkerungsschutz), die in keiner Relation zu den antizipierten Schadenereignissen stehen.

Bedeutet diese Ausführungen ein Plädoyer zur Abschaffung der Armee? Keineswegs! Eine der gegenwärtigen Sicherheitslage angepasste Armee wird im Rahmen einer umfassenden Sicherheitspolitik von Bedeutung bleiben und sogar an Legitimität gewinnen. Allerdings darf man die Armee nicht des politischen Kompromisses wegen nur für subsidiäre Funktionen zur Stärkung der inneren Sicherheit oder zur Katastrophenbewältigung einsetzen. Dies entspricht nicht ihrem Bestimmungsgrund, und es ist viel zweckmässiger, diese Aufgaben der Polizei und speziell dafür ausgebildeten Kräften zu überlassen.

Skepsis gegenüber Auslandeinsätzen

Es ist eine Ironie des Schicksals, dass als Folge des sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels die Einsatzorte der Schweizer Armee in Zukunft nicht mehr inner-, sondern ausserhalb des Landes liegen werden. Im Rahmen von friedensfördernden Operationen und internationalen Polizeieinsätzen kann sie, mandatiert von der Uno und in Zusammenarbeit mit ihren europäischen Nachbarn, einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und damit zur Sicherheit der Schweiz leisten. Wenn sich Armeeführer und zivile Behörden dazu durchringen könnten, gemischte zivil-militärische Einheiten zu formieren, um die Friedenskonsolidierung oder den geordneten Wiederaufbau von Staaten sicherzustellen, könnte die Schweiz hier

gar eine Vorreiterrolle spielen. Denn auch die Uno und die EU suchen nach besseren Vernetzungsmöglichkeiten ihrer zivilen und militärischen Missionen.

Gewiss herrscht in der Bevölkerung zurzeit viel Skepsis gegenüber Auslandseinsätzen der Armee. Skeptisch ist sie allerdings nicht aus Prinzip, sondern weil das helvetische Engagement bisher zu konzeptionslos und zu halbherzig erfolgte. Wir sind überzeugt, dass sich Mehrheiten für solche friedensfördernde Operationen finden lassen, wenn die politische Führung mit durchdachten Konzepten aufwarten könnte.

* Dr. Heinz Krummenacher war zwischen 1985 und 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Zentralstelle für Gesamtverteidigung und an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ. Prof. Dr. Laurent Goetschel unterrichtet Politikwissenschaft am Europainstitut der Universität Basel und war persönlicher Berater von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey. Die beiden Autoren bilden die Geschäftsleitung der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace.